Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Saller, Stellvertretende Chefredakteure: Werner Titzrath, Fred Hansch, Josef Ollig. Chef vom Dienst: Manfred Schwark, Planung und Sonderproduktion: Hans Wegner, Rudolf Brüning, Wolfgang Fricke (Chefreporter). Verantwortlich für den Inhalts: Politik: Günther Gentke; Dr. Gisela Schoeler (Inland), Hans-Jürgen Müller (Ausland), Hamburg: Wolfgang Schmidt, Stellvertreter: Ludwig Krüger, Walter Künkler. Sport: Jürgen von Einem. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselott Alverdes, Frauke Sellz. Wirtschaft: Dr. J. Pantzenburg, Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Kroll, Allgemeines: K. Losch. Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Andreas Dauch. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haake (Bonn), Dr. Erich Hoepfner, Egbert A. Hoffmann, Bonner Redaktion: Wilhelm Stampfel. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Klüch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hbg. 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverl. eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Verlagsleiter: Rudolph Gothner, Stellvertreter: Walter Rauls. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Kirchentag der Kontroversen

Keiner der bisherigen deutschen Evangelischen Kirchentage hat soviel Zündstoff in sich geborgen wie der heute in Stuttgart beginnende. Er steckt voll unkalkulierbarer Risiken und ist mehr als alle vorangegangenen ein Wagnis. Aber ohne ein solches Wagnis kann die Kirche heute wohl nicht mehr existieren, will sie sich nicht — resignierend vor der Welt — freiwillig in ein selbst gewähltes Getto zurückziehen.

Die zu erwartenden Schwierigkeiten liegen weniger in der Gefahr äußerer Störungen, die nicht sehr groß sein dürfte, sie liegen vielmehr in der Krisensituation der Kirche selbst, in den inneren Spannungen, die zeitweise schon bis an den Rand einer neuen Glaubensspaltung geführt haben. Die schwelenden Konflikte werden sich nun möglicherweise vor einem Forum breitester Öffentlichkeit entladen, heftige Kontroversen können zum markantesten Merkmal dieses Kirchentages werden.

Auseinandersetzungen um das umstrittene politische Engagement der Kirche und der einzelnen Christen werden dabei im Vordergrund stehen. Das Leitwort des Kirchentages „Hungern nach Gerechtigkeit" knüpft an die Weltkirchenkonferenz in Uppsala an und zielt bewußt auf die Probleme der Dritten Welt. Bei den Beratungen über das Thema „Demokratie" steht die Plenardiskussion unter dem provokativ „antiautoritären" Titel „Strategie der Demokratisierung". Es geht also um eminent politische Fragen. Welche Brisanz sie heute haben, zeigt vielleicht am eindringlichsten die Tatsache, daß die Plakate mit der Kirchentagslosung „Hungern nach Gerechtigkeit" vielfach mit einem ergänzenden Zusatz versehen werden: „Durst nach Revolution."

Aber auch bei den rein theologischen Fragen knistert es vor Spannung. In der Arbeitsgruppe „Streit um Jesus" stehen die in Württemberg außerordentlich starken Piätisten, die den Kirchentag vor zwei Jahren in Hannover boykottierten, den „Liberalen" gegenüber. Erst nach langwierigen Verhandlungen haben sie sich überhaupt zur Teilnahme bereit gefunden. Und schon bei diesen Verhandlungen ging es so hart her, daß der Präsident der württembergischen Landessynode demonstrativ seinen Rücktritt erklärte.

Gesteigert wird das Risiko des frontalen Zusammenpralls unterschiedlicher kirchlicher Auffassungen und Richtungen noch dadurch, daß man diesmal wesentlich weniger Vorträge und Referate auf das Programm gesetzt hat und dafür Hearings, Podiumsgesprächen und allgemeinen Diskussionen breitesten Raum gewährt. Damit wird eine straffe Kontrolle des Verlaufs der Veranstaltungen weitgehend unmöglich. Aber man vertraut — jenseits aller Kontroversen — dennoch auf die verbindende Kraft des biblischen Wortes und den gemeinsamen Glauben.

hoe

Belohnung ausgesetzt

Bundesbahn: Größte Vorsicht im Landkreis Ulm

Eigener Bericht

th. **Stuttgart**, 16. Juli

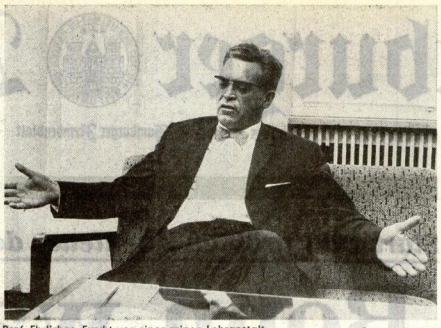
In einer Eilverfügung hat die Stuttgarter Bundesbahndirektion das gesamte Zugpersonal aufgefordert, alle Streckenabschnitte im Landkreis Ulm mit größtmöglicher Vorsicht zu befahren. Nach dem Anschlag auf den vollbesetzten Personenzug P 3301 vom Montag hält die Polizei neue Aktionen offensichtlich für nicht ausgeschlossen.

Die Eisenbahnstrecke Ulm—Erbach auf der (wie berichtet) unbekannte Täter mit einem fast fünf Zentner schweren Doppel-T-Träger und Stahlrundstücken eine Barriere errichtet hatten, um den mit 300 Personen besetzen P 3301 zum Entgleisen zu bringen, ist in den letzten beiden Nächten von Kontrollfahrzeugen befahren worden, bevor P 3301 freie Fahrt erhielt.

Inzwischen haben Bundesbahn und Staatsanwaltschaft Belohnungen in Höhe von 3000 DM ausgesetzt für Hinweise, die zur Ergreifung der Täter führen könnten. Die Sonderkommission der Kriminalpolizei Ulm überprüft in den letzten beiden Tagen über 100 Firmen und Schrotthandlungen, aus denen der Träger und die Stahlstücke stammen könnten. Die Nachforschungen haben jedoch noch nicht zu einer heißen Spur geführt.

Die Lage an Hamburgs Universität wird immer bedrohlicher

Professor Ehrlicher warnt:



Prof. Ehrlicher: Furcht vor einer reinen Lehranstalt Foto: M. Moldvay

Forscher wandern ab

Von unserem Redaktionsmitglied **Ursula Weiner**

Hamburg, 16. Juli

„Ich fürchte, daß die Universität zur reinen Lehranstalt wird und die Forschung emigriert." Mit dieser Erklärung hat der Rektor der Hamburger Universität, Prof. Dr. Werner Ehrlicher, in einem Gespräch mit dem Hamburger Abendblatt warnend auf die Gefahr einer Abwanderung von Wissenschaftlern aus der Hansestadt hingewiesen. Zwei bedeutende Professoren, so sagte er, haben Hamburg bereits verlassen.

Prof. Ehrlicher ging im Verlauf des Gespräches vor allem auf aktuelle Fragen der Hochschulpolitik ein, die sich nach Abschluß des Sommersemesters stellen. Auf die Frage, welche Auswirkungen das neue Universitätsgesetz in den ersten Monaten nach Inkrafttreten auf die Universitätsverwaltung habe, sagte er:

„Es stellt eine ungeheure Belastung der Verwaltung und Selbstverwaltung dar, die man nicht vorausgesehen hat. Man stellte keine Untersuchungen über die Strukturveränderungen an, die das Gesetz mit sich bringt, und über die Größenordnungen der Verschiebungen, die sich ergeben.

Hamburger Abendblatt: Wie verliefen die Konzilswahlen?

Ehrlicher: Sie waren von einer Komplizierthei, wie man sie in keiner anderen Sparte kennt. So mußten beispielsweise 60 verschiedene Wahlzettel ausgegeben werden.

HA: Wer hat die meisten Chancen, Universitätspräsident zu werden?

Ehrlicher: Man kann jetzt noch nicht darüber sprechen. Im Augenblick hütet sich jeder, für dieses Amt öffentliche Wahlpropaganda zu machen.

HA: Unter anderem sind Prof. Dr. Stödter, Prof. Dr. Wiebecke, Dr. Hans von Heppe und Senatsdirektor Dr. Meins im Gespräch. Wer ist der Favorit?

Ehrlicher: (lächelt und schweigt).

HA: Werden Sie Rektor bleiben, bis der neue Präsident gewählt ist?

Ehrlicher: Ich muß vom Gesetz her im Amt bleiben, bis entweder der Präsident feststeht oder ein Übergangsdirektor berufen ist.

HA: Wann wird, Ihrer Meinung nach, der neue Präsident gewählt sein?

Ehrlicher: Man wird sicher versuchen, ihn schnell zu berufen.

HA: Wie war in vergangenen Semester die Zusammenarbeit mit dem links stehenden AStA?

Ehrlicher: Es gab eigentlich gar keine. Ich kann mich auch an keine konstruktiven Vorschläge des AStA erinnern.

HA: Die Zwischenprüfungen standen im Sommersemester im Mittelpunkt studentischer Aktionen. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Ehrlicher: Ich würde die Zwischenprüfungen als Institution bejahen, vom Inhalt her jedoch von Fall zu Fall überprüfen. Den Störern ging es jedoch nicht um die Zwischenprüfungen. Sie dienten ihnen nur als Aufhänger für die Agitation. Die Störungen waren vielmehr der Versuch, die Prüfungen überhaupt anzugreifen.

HA: Was machen die Pläne einer privaten Universität?

Ehrlicher: Aus Arbeitsüberlastung bin ich in den letzten Monaten nicht mehr dazu gekommen, mich gründlich damit zu befassen. Das neue Universitätsgesetz bringt so viel zusätzliche Arbeit, daß die längerfristige Planung nicht so vorangetrieben werden kann, wie es nötig wäre.

HA: Können Sie, der das neue Universitätsgesetz in seiner jetzigen Form nicht begrüßt, dennoch einen Fortschritt nennen, den es bringt?

Ehrlicher: Was immer gefehlt hat, war die Information innerhalb der Universität. Ein Fortschritt, den das neue Gesetz bringt, ist zweifellos, daß der Informationsgrund und die Kommunikation zwischen Lernenden und Lehrenden größer sein werden.

HA: Wo liegt, Ihrer Meinung nach, ein Fehler, den die Studenten in ihrem Bemühen um Reform begehen?

Ehrlicher: Sie machen sich zu wenig Gedanken über die Auswirkungen dessen, was sie ändern wollen. Experimentieren auf Gebieten, wo Änderungen sich so langfristig auswirken, ist immer problematisch. Der Studienabschluß ist für den Lebensweg entscheidend. Darum Vorsicht, wenn man ihn ändern will.

HA: Was werden Sie nach Ihrer Amtszeit als Rektor beginnen?

Ehrlicher: Mich an meine Bücher zurückziehen und nachholen, was ich versäumt habe.

Drexelius regiert vom Bett aus

Zerrung zugezogen: Bürgermeister Drexelius

Eigener Bericht

thi. **Hamburg**, 16. Juli

Hamburgs Zweiter Bürgermeister und Schulsenator, Dr. Wilhelm Drexelius, muß für die nächsten Tage vom Bett aus regieren. Drexelius ist in seiner Wohnung über einen Stuhl gestolpert und hat sich eine Muskelzerrung im Rücken zugezogen.

Da Hamburgs Erster Bürgermeister, Prof. Herbert Weichmann, heute abend in Urlaub geht und zu seiner Berghütte ins Allgäu fährt, muß Dr. Drexelius die Regierungsgeschäfte übernehmen. „Ich kann auch von meiner Wohnung aus regieren", sagte der 62jährige heute vormittag in einem Telefongespräch mit dem Hamburger Abendblatt. „Schließlich bin ich ja meiner Sinne noch mächtig und nur in der körperlichen Beweglichkeit etwas eingeschränkt."

Die für heute mittag angesetzte Sitzung der Schuldeputation wird ohne Dr. Drexelius stattfinden. Sie soll von Staatsrat Dr. Haas geleitet werden. Ohne die Anwesenheit des Schulsenators ist die Deputation jedoch nicht beschlußfähig. Sie kann die vorgesehene Tagesordnung, bei der u. a. die Verkürzung des Referendariats von zwei auf eineinhalb Jahre ansteht, nur beraten.

Alter Bundestag tagt noch einmal nach der Wahl

Deutsche Presse-Agentur

Bonn, 16. Juli

In Bonn tagt heute der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat (Ländervertretung). Er berät über diejenigen Gesetze, denen der Bundesrat in der vorigen Woche nicht zustimmte, u. a. das Fluglärm-Gesetz, das Abzahlungs- und das Rechtspflegergesetz.

Vor einer Entscheidung über die Empfehlungen des Vermittlungsausschusses wird das alte Parlament voraussichtlich nach der Bundestagswahl Anfang Oktober noch einmal zusammentreten. Die Wahlperiode des gegenwärtigen Bundestages endet erst am 19. Oktober.

Keine Anerkennung als Flüchtling

Associated Press

Kassel, 16. Juli

Der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel hat grundsätzlich entschieden, daß Einwohner aus Mitteldeutschland, die durch ihre politische Betätigung das Ulbricht-Regime unterstützt haben und dann ohne politische Gefährdung und ohne echten Gewissenskonflikt in die Bundesrepublik gekommen sind, hier nicht als politische Flüchtlinge anerkannt werden können. (Aktenzeichen: Verwaltungsgerichtshof II oe 9/69)

Boljahn verlor erste Runde

Landgericht Bremen lehnte einstweilige Verfügung ab

Eigener Bericht

er. **Bremen**, 16. Juli

Der prominente Bremer SPD-Politiker Richard Boljahn hat eine erste gerichtliche Runde im Zusammenhang mit der Bremer Bauland-Affäre verloren. Das Landgericht Bremen hat die von Boljahn und den beiden SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Heinz Klemmer und Silly Schelter gegen den Bremer „Weser-Kurier" beantragte einstweilige Verfügung als unbegründet abgelehnt.

Durch die einstweilige Verfügung sollte der Zeitung untersagt werden, weiter zu behaupten:

- Boljahn habe dem Makler Wilhelm Lohmann Spekulationstips gegeben, im Hollerland Grundstücke zu kaufen.
- Boljahn habe Lohmann für Geländekäufe im Hollerland die Befreiung von der Grunderwerbssteuer zugesagt,
- die Politiker Boljahn, Klemmer und Schelter hätten nichts unternommen, um die Spekulationsgewinne Lohmanns einzudämmen.

Das Gericht erklärte, ein widerrechtlicher Eingriff in die Ehre der Antragsteller durch das Aufstellen unwahrer Tatsachenbehauptungen habe nicht festgestellt werden können. Die SPD-Politiker hätten nicht einwandfrei glaubhaft machen können, daß der Kern des Vorwurfs unzutreffend sei.

„Es scheint vielmehr durchaus wahrscheinlich," erklärte das Gericht, „daß der Makler Lohmann unter Ausnutzung seiner Beziehungen zu den Antragstellern (Boljahn usw.) und mit deren Kenntnis und Billigung erhebliche Spekulationsgewinne im Bremer Hollerland gemacht hat. Am Gewicht dieses Vorwurfs gemessen enthält der Artikel des ‚Weser-Kurier' keine unzulässige Schärfe des Ausdrucks." Weiter erklärte das Gericht, wahrscheinlich sei auch, daß Lohmann von Boljahn Kenntnis über Vorratsland zum Bau einer Satellitenstadt erhalten habe. Boljahn will gegen die Gerichtsentscheidung Berufung einlegen.

Gegen die Schlüsselfiguren der Bremer Bauland-Affäre Lohmann, Boljahn und Bausenator Blase (SPD) erhoben die „Bremer Nachrichten" gestern weitere schwere Beschuldigungen.

Unter der Überschrift „Noch eine Baulandaffäre" heißt es: „Was zunächst ein Fall Lohmann zu sein schien, entpuppt sich mehr und mehr als Fall Bremer Politiker." Es ist die Rede von weiteren „rätselhaften politischen Entscheidungen" auch beim Ankauf des Universitätsgeländes und anderer staatlicher Grunderwerbungen.

Offenbar „auf höhere Weisung" sei einer Bremer Maklerfirma der Auftrag zur Grundstücksvermittlung kurzfristig entzogen und dem Makler Lohmann erteilt worden. Es sei in Bremen kein Geheimnis, daß Blase Kandidat des damals in der SPD mächtigen Fraktionschefs Richard Boljahn gewesen sei. Boljahn habe Lohmann mindestens seit 1963 gekannt.

Bausenator Blase begründete der Zeitung gegenüber den Auftrag an Lohmann mit dem Argument, die andere Maklerfirma habe der Stadt zu teure Angebote unterbreitet.

Die Baulandaffäre hat innerhalb der Bremer SPD zu starken Spannungen geführt. Heftige Kritik üben Jungsozialisten an prominenten Parteifunktionären. Als Zeichen des äußeren Protestes ist kürzlich der Vorstand der Jungsozialisten im Bremer Unterbezirk zurückgetreten.

BUNTE WELT

Humphrey in Moskau

Der frühere amerikanische Vizepräsident Humphrey ist zu einem achttägigen privaten Besuch in Moskau eingetroffen. Humphrey kam aus dem sowjetischen Schwarzmeer-Badeort Sotschi.

528 Selbstanzeigen

528 Werftarbeiter in Sizilien erstatteten Selbstanzeige. Sie wollen damit ihre Solidarität mit 44 Kollegen bekunden, die den Bahnhof von Palermo blockiert hatten und sich deswegen in einem Strafverfahren verantworten sollen. „Wir waren auch im Bahnhof dabei", erklärten nun die 528 Arbeiter.

Zu hohe Mieten

Rund 240 Millionen D-Mark mußten New Yorker Hauswirte an Mietrückzahlungen leisten. Bürgermeister Lindsay hatte in

New Yorks Bürgermeister John Lindsay

wochenlangen Verhandlungen mit den Hauswirten eine Regelung getroffen, die bestimmt, daß übermäßige Mieterhöhungen von zehn bis 15 Prozent, die am 1. Januar 1969 in Kraft traten, den Mietern zurückerstattet werden müssen.

Mini-Rock: Beleidigung

Ausländerinnen, die Mini-Röcke oder Hosen tragen, droht die Ausweisung aus Malawi. Diese Warnung erließ das Staatsoberhaupt der afrikanischen Republik, Dr. Banda, nachdem er eine Gruppe europäischer Frauen „unziemlich bekleidet" vor seinem Amtssitz gesichtet hatte.

Fluchtversuch im Kuhbauch

Der Versuch einer Frau aus Mitteldeutschland, im Bauch einer präparierten Kuh nach West-Berlin zu flüchten, ist von knapp zehn Tagen am Autobahnkontrollpunkt Drewitz gescheitert. Sie und beide Fahrer des Transporters wurden festgenommen.

Hundefutter für Arme

Mit einer Büchse Hundefutter in der Hand trat Ralph Nader, Amerikas „Verbraucheranwalt von eigenen Gnaden", vor den

Ralph Nader: Arme Leute essen Hundefutter

US-Senat. „Etwa 20 Prozent des Hundefutters in den USA landen nicht im Hundemagen, sondern werden von den armen Leuten gegessen", teilte er dem staunenden Senat mit.

„Illegale" festgenommen

Die Münchner Polizei hat 45 Jugoslawen und Türken, die ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in einer Münchner Firma arbeiteten, festgenommen. Gegen 20 von ihnen ordnete das Amtsgericht München „Abschiebehaft" an.